

Die Wichtigkeit von Investitionen und Innovationen für den Wirtschaftsstandort

Monika Köppl-Turyna, Nikolaus Graf

Monika Köppl-Turyna, EcoAustria, Wien; Privatuniversität Schloss Seeburg, Seekirchen am Wallersee; Centre for Europe University of Warsaw, Warschau

Nikolaus Graf, EcoAustria, Wien

Investitionen sind die Voraussetzung für Innovation und technologischen Fortschritt. Derzeit liegt die Investitionstätigkeit in Österreich deutlich unter dem Durchschnitt der Euroländer. Angesichts der Verschlechterung der relativen Wettbewerbsposition Österreichs im Euroraum in Folge der zurückhaltenden Investitionsaktivität stellt sich die Frage nach wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Verbesserung der Innovations- und Investitionstätigkeit. Die wirtschaftswissenschaftliche Literatur identifiziert eine Reihe von Faktoren, die Investitionen und Innovationen positiv beeinflussen können. Dazu zählen insbesondere der Zugang zu günstigem Kapital, Verbesserungen im Bildungssystem zur Förderung des Humankapitals, der Abbau bürokratischer Hemmnisse sowie die Senkung der Steuer- und Abgabenquote und der Staatsverschuldung.

1. Einleitung

Investitionen sind die Voraussetzung für Innovation und technischen Fortschritt. Der Einsatz oder die Erneuerung von Technologie und Maschinen beeinflusst wiederum die Produktivität und die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Langfristig bestimmen die Investitionen damit das Potenzial von Produktion und Wirtschaftsleistung eines Landes entscheidend. Dieser Beitrag beschäftigt sich mit der Frage, wo Österreich derzeit bzgl. Investitions- und Innovationstätigkeit steht, welche Faktoren dazu beitragen können, das Umfeld für Investitionen zu verbessern, und welche Handlungsempfehlungen sich in dieser Hinsicht anbieten.

2. Entwicklung der Investitionen und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Österreichs

Abbildung 1 und Abbildung 2 präsentieren die Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen in Österreich. In der Abbildung 1 ist sichtbar, dass sich die nominellen Anlageinvestitionen seit 1995 durchaus positiv entwickelt haben und die Zunahme stets über der Inflation gelegen hat. Allerdings ist auch sichtbar, dass sich die materiellen Investitionen weniger dynamisch als die immateriellen Investitionen entwickelt haben. Letztere haben sich nominell mehr als versechsfacht und deren Anteil an

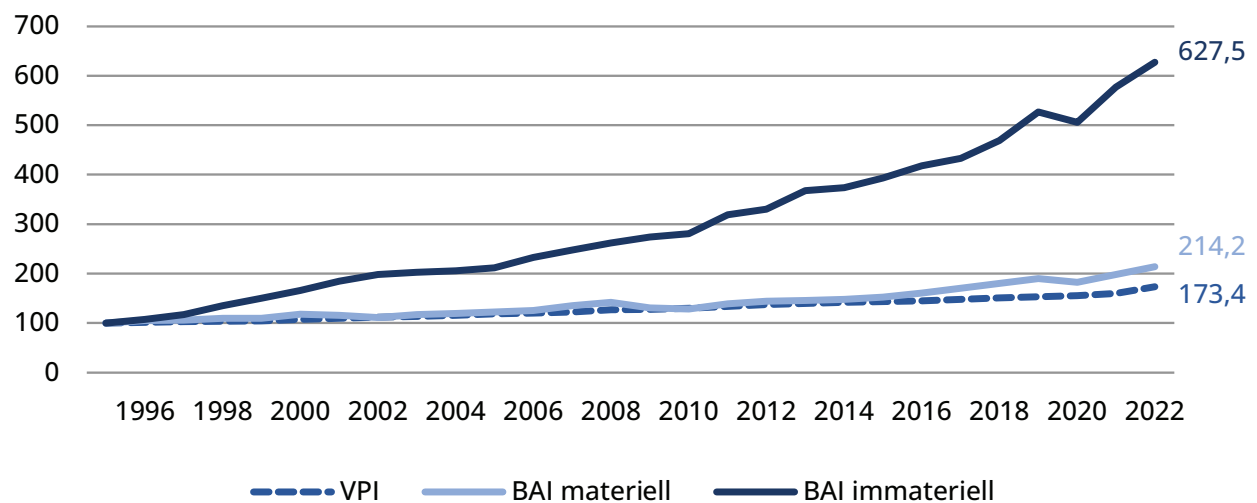
den Gesamtinvestitionen ist von 9,4 % im Jahr 1995 auf 23,4 % in 2022 gestiegen. Abbildung 2 zeigt, dass, trotz der realen Zuwächse, die Entwicklung der Investitionen in den letzten 2 Jahren spürbar hinter dem Schnitt der EU-27 bzw. des Euroraumes zurückgeblieben ist.

Bruttoanlageinvestitionen sind auch ein wesentlicher Indikator der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Wettbewerbsfähigkeit ist eine Grundlage für die wirtschaftliche, aber auch für die soziale Entwicklung fortgeschrittener Volkswirtschaften. Mit dem ECI¹ von EcoAustria wurde ein Index zur regelmäßigen vierteljährlichen Bewertung der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs entwickelt. Der ECI ist ein konsolidierter Index, der sich aus Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit zusammensetzt. Berücksichtigt werden die quartalsweise Veränderung der Nettoexporte, der Bruttoanlageinvestitionen sowie der realen Arbeitsproduktivität.

Die Auswahl der Teilindikatoren unterstreicht bereits einen wesentlichen Unterschied zu bestehenden Indizes, etwa des WEF, des IMD oder der OECD. Gebräuchliche Indizes zur Messung von Wettbewerbsfähigkeit, wie etwa der Global Competitiveness Index des WEF, setzen sich aus einer Vielzahl von Indikatoren zusammen. Zum großen Teil beschreiben diese Indikatoren Rahmenbedingungen und Strukturen der Wettbewerbsfähigkeit. Beispiele sind etwa die Abgabenquote

¹ EcoAustria Competitiveness Index

Abbildung 1. Entwicklung der nominellen Bruttoanlageinvestitionen in Österreich seit 1995.

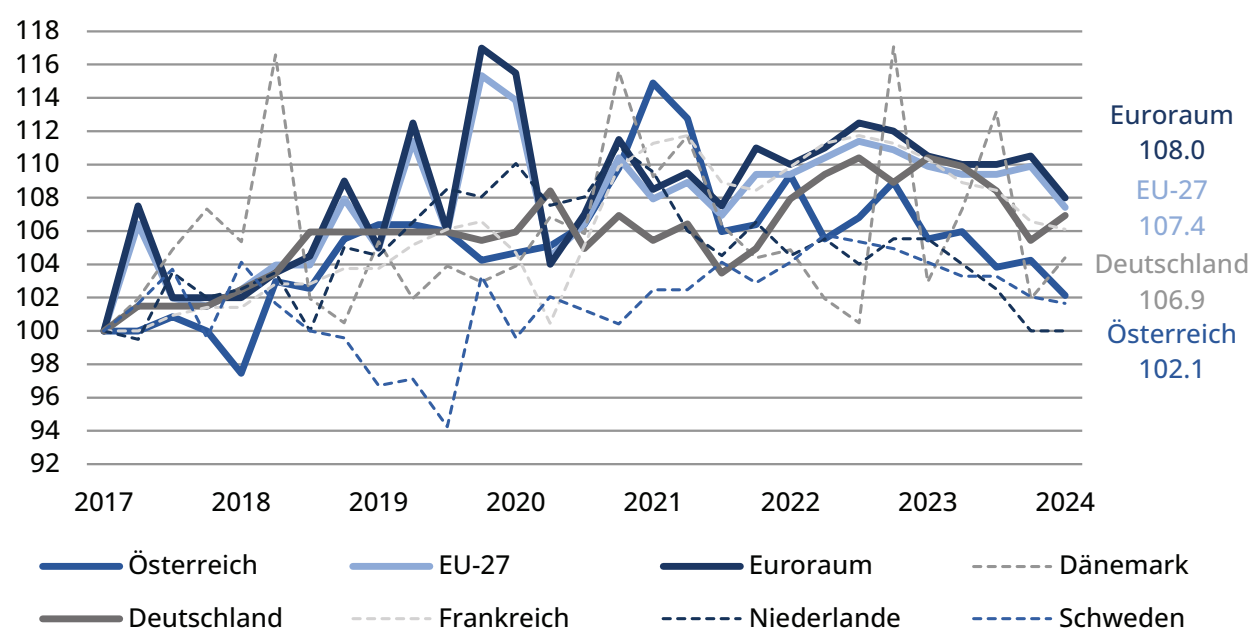


Anmerkung: Index 1995=100.
Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen.

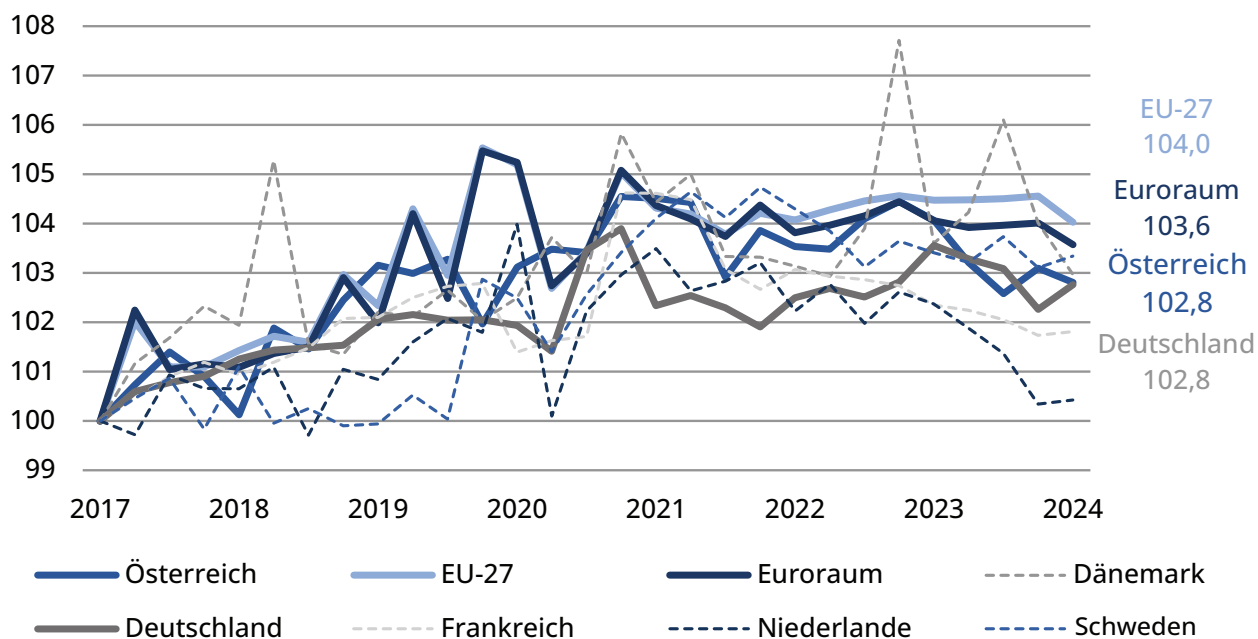
oder die Investitionen in Forschung und Entwicklung. Solche Indikatoren sind nicht unmittelbare Folge der Wettbewerbsfähigkeit, vielmehr sind sie Determinanten von Wettbewerbsfähigkeit. Sie beschreiben relevante Rahmenbedingungen und geben Aufschluss, wie sich die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes nach Maßgabe dieser kontextuellen Indikatoren im Vergleich zu den anderen Ländern entwickeln könnte. Solche Indi-

zes sind der Gruppe der *ex ante*-Indizes zuzuordnen. Im Unterschied hierzu betrachtet der ECI die Wettbewerbsfähigkeit, wie sie sich zuletzt tatsächlich entwickelt hat. Dies erfolgt anhand von Indikatoren, die unmittelbar Folge veränderter Wettbewerbsfähigkeit sind, nämlich Exporte, Investitionen und Produktivität. Der ECI ist damit ein unterjährig aktualisierbarer, „zurückschauender“ Indikator, der anhand von regelmäßig

Abbildung 2. Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen in Prozent des BIP international.



Anmerkung: Index Q1 2017=100.
Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen.

Abbildung 3. Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit (ECI).

Anmerkung: Index Q1 2017=100.

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen.

publizierten Daten im Kontext der vierteljährlichen VGR rezente Analysen der Wettbewerbsfähigkeit, wie sie sich tatsächlich entwickelt hat, ermöglichen soll. Der ECI entspricht damit einem *ex post*-Index. Da es sich um einen Index handelt (in den relevanten Abbildungen und Tabellen relativ zu Q1 2017 = 100), kann

ein Anstieg des Indexes als Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zur Basisperiode interpretiert werden. Die Werte des jeweiligen Quartals können auch zwischen den einzelnen Ländern verglichen werden, wobei ein höherer Wert eine höhere Wettbewerbsfähigkeit bedeutet. Ein wesentliches Merkmal der

Tabelle 1. ECI im ersten Quartal 2024.

Indexwert 2024Q1		Indexwert 2024Q1	
Rumänien	113,6	Euroraum	103,6
Ungarn	112,2	Schweden	103,3
Griechenland	111,1	Spanien	103,1
Litauen	110,8	Dänemark	103,0
Portugal	109,3	Österreich	102,8
Lettland	109,0	Deutschland	102,8
Slowenien	108,8	Belgien	102,8
Italien	107,6	Zypern	102,7
Polen	107,5	Tschechien	101,9
Irland	107,3	Frankreich	101,8
Slowakei	106,7	Niederlande	100,4
Bulgarien	105,1	Norwegen	100,1
Estland	104,1	Malta	98,8
EU-27	104,0	Luxemburg	95,7
Kroatien	103,9	Finnland	95,6

Anmerkung: Index Q1 2017=100.

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen.

Indikatorik des ECI ist, dass eine rezente und unterjährige Betrachtung der Wettbewerbsfähigkeit ermöglicht wird. Eine Vielzahl der Indikatoren von etablierten Indizes des WEF oder des IMD ist unterjährig nicht verfügbar, sodass eine Aktualisierung nur auf jährlicher Basis möglich ist. Die Indikatorik des ECI bietet den Vorteil, dass eine regelmäßige unterjährige Aktualisierung von Ergebnissen auf Grundlage aktuellster Daten im Rahmen der quartalsweisen volkswirtschaftlichen (VGR) möglich ist.

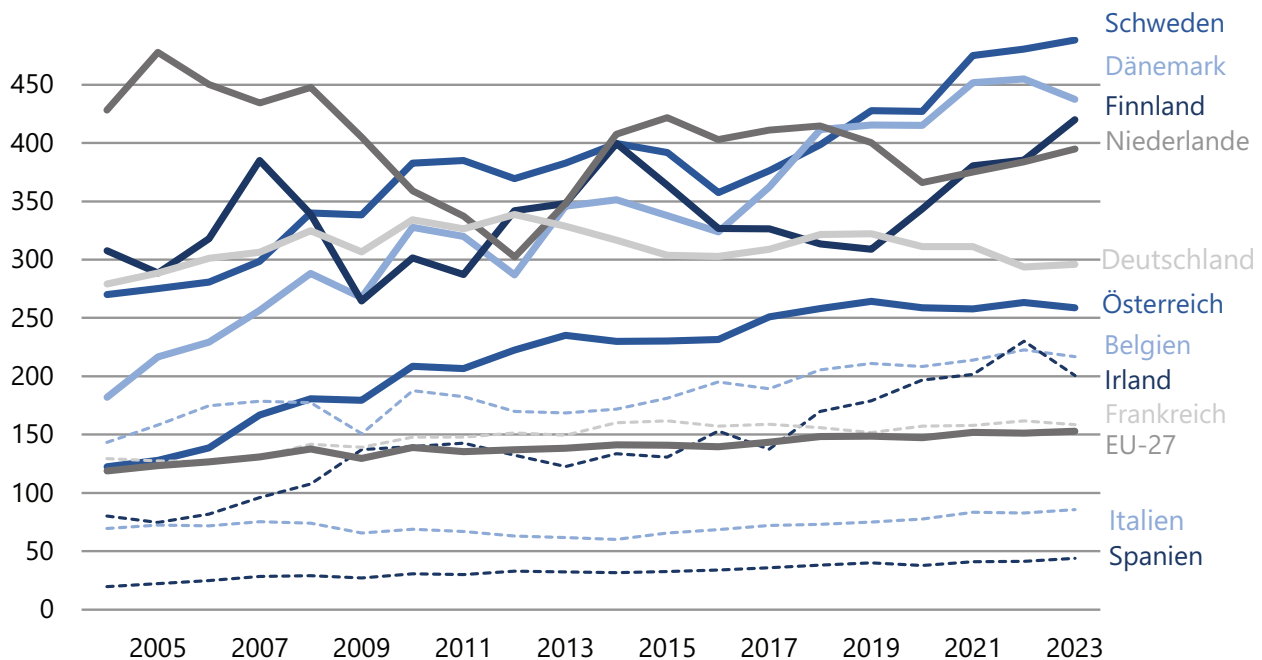
Abbildung 3 präsentiert die jüngsten Entwicklungen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Österreichs gegenüber dem Durchschnitt der Eurozone, der EU-27 sowie einigen ausgewählten Ländern. Es stellt sich heraus, dass sich über den Zeitraum der Corona-Krise die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs durchaus positiv entwickelt

hat. Über die Quartale der Jahre 2020 und 2021 hat sich Österreich im Vergleich zum Euroraum sogar überdurchschnittlich entwickelt. In den letzten zwei Jahren ist jedoch eine spürbare Verschlechterung des Index festzustellen und Österreich liegt derzeit mit dem Indexwert von 102,8 unter dem Wert des Euroraums (103,6) sowie der EU-27 (104), etwa gleichauf mit Deutschland (102,8). Nichtsdestotrotz ist festzustellen, dass innerhalb der *alten* EU, Österreich immer noch in einer vergleichbar guten Situation ist (Tabelle 1). Innerhalb der *alten* EU-Länder haben nur Schweden, Irland und Italien im ersten Quartal 2024 einen höheren Wert erreicht als Österreich. Spürbar besser haben sich die *neuen* EU-Mitgliedsländer entwickelt. Wie in Tabelle 2 ersichtlich wird, ist die schwache Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit im Wesentlichen auf die Bruttoanlageinvestitionen zurückzuführen: Während sich

Tabelle 2. Teilindizes des ECI im ersten Quartal 2024.

	Bruttoanlageinvestitionen	Nettoexporte	Reale Arbeitsproduktivität	ECI
Rumänien	126,2	96,9	117,8	113,6
Ungarn	117,5	100,4	118,6	112,2
Griechenland	132,7	98,6	101,9	111,1
Litauen	115,2	105,8	111,4	110,8
Portugal	112,7	101,6	113,6	109,3
Lettland	115,6	96,0	115,5	109,0
Slowenien	123,3	98,3	104,7	108,8
Italien	123,3	100,2	99,3	107,6
Polen	99,4	103,0	120,2	107,5
Irland	91,0	104,4	126,5	107,3
Slowakei	99,0	101,9	119,1	106,7
Bulgarien	96,7	97,9	120,7	105,1
Estland	108,4	97,0	106,9	104,1
EU-27	107,4	100,5	104,2	104,0
Kroatien	103,6	95,8	112,2	103,9
Euroraum	108,0	100,4	102,3	103,6
Schweden	101,6	102,7	105,7	103,3
Spanien	104,9	100,7	103,8	103,1
Dänemark	104,4	99,7	104,8	103,0
Österreich	102,1	100,5	105,8	102,8
Deutschland	106,9	98,6	102,8	102,8
Belgien	104,3	101,3	102,7	102,8
Zypern	92,2	106,3	109,4	102,7
Tschechien	99,6	98,8	107,2	101,9
Frankreich	106,1	100,4	98,9	101,8
Niederlande	100,0	100,8	100,5	100,4
Norwegen	90,7	108,4	101,1	100,1
Malta	85,0	103,7	107,9	98,8
Luxemburg	90,0	101,9	95,3	95,7
Finnland	91,3	96,9	98,6	95,6

Anmerkung: Index Q1 2017=100.
Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen.

Abbildung 4. Entwicklung der Patentaktivitäten.

Anmerkung: Bei der EPO angemeldete Patente je 1 Mio. Einwohner.
Quelle: Eurostat.

die reale Arbeitsproduktivität im Vergleich zum Euroraum besser entwickelt hat und sich die Nettoexporte etwa im Schnitt des Euroraumes entwickeln, bleibt die Investitionstätigkeit in Österreich deutlich unter dem Schnitt der Euroraumländer. Angesichts der Verlangsamung der Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit stellt sich die Frage nach wirtschaftspolitischen Maßnahmen, um Verbesserungen im Bereich *Innovation und Investitionen* zu erzielen.

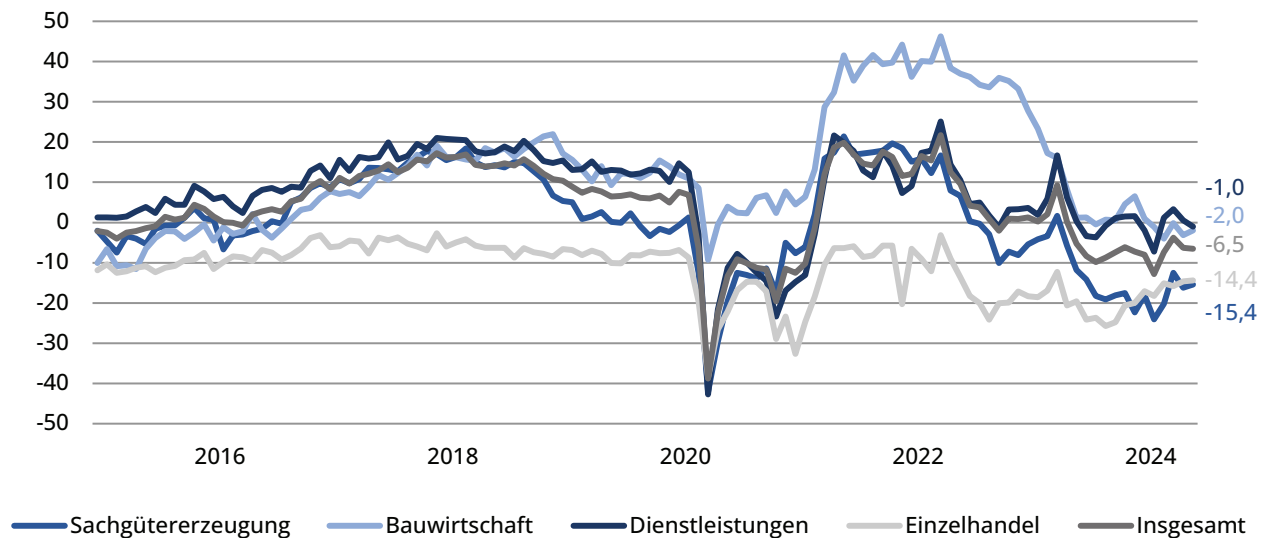
Um die Innovationskraft einer Volkswirtschaft zu messen, wird häufig die Patentaktivität (pro 1 Mio. Einwohner) herangezogen. Bezüglich Patentaktivität ist Österreich in der Gruppe der vergleichbaren Ökonomien gut aufgestellt (Abbildung 4). Mit knapp über 250 Patenten pro 1 Mio. Einwohner liegt Österreich im Mittelfeld der *alten* EU, mit einer klaren Steigerungstendenz über die Jahre. Auffällig bleibt dennoch, dass die skandinavischen Länder sowie Niederlande, aber auch Deutschland vor Österreich liegen.

3. Determinanten der Investitions- und Innovationstätigkeit

Vereinfacht ausgedrückt, werden Investitionen dann getätigt, wenn der Barwert eines Projektes positiv ist, d.h. wenn die diskontierten erwarteten Erträge höher sind als die Kosten. Diese Annahme impliziert, dass Investitions-

entscheidungen vom aktuellen Zinssatz abhängen. Ist der Zinssatz niedrig, werden zukünftige Erträge höher bewertet, sodass Investitionen eher einen positiven Barwert haben und somit realisiert werden. Ist der Zinssatz hingegen hoch, werden die zukünftigen Erträge niedriger bewertet und die Investitionen sinken. In diesem Zusammenhang steht die Verlangsamung der Investitionstätigkeit in Österreich jedenfalls mit den hohen Referenzzinsen der EZB in Verbindung, die insbesondere Bautätigkeiten beeinflussen. Nichtsdestotrotz, haben sich andere Euroraumländer (die ähnlich wie Österreich von hohen Zinsen betroffen sind) spürbar besser entwickelt.

Investitionen hängen aber auch von einer Reihe anderer Faktoren ab. So sind z.B. Zukunftserwartungen ein schwer messbarer, aber zweifellos wesentlicher Faktor bei Investitionsentscheidungen. Der Faktor basiert auf Einschätzungen des generellen makroökonomischen Umfelds (siehe auch Bernanke, 1983). Positive Erwartungen können Investitionsentscheidungen positiv beeinflussen. Umgekehrt können schlechte Erwartungen die Investitionstätigkeit eher hemmen. Zudem kann die damit verbundene höhere Erwartungsunsicherheit das Investitionsverhalten schwächen (siehe auch Carruth et al., 2000). Die heimischen Erwartungen sind derzeit im negativen Bereich (Abbildung 5). Die negative Entwicklung ist vorallem durch den Einzelhandel geprägt.

Abbildung 5. Index der wirtschaftlichen Erwartungen nach Sektoren.

Quelle: WIFO-Konjunkturtest.

Hier zeigt sich schon seit längerem eine negative Erwartungshaltung. Seit dem Anstieg der Energiepreise zeigt sich eine negative Erwartungshaltung auch in der Sachgütererzeugung. Sichtbar ist ebenfalls, dass nach der Corona-Krise beobachtbar war, in der Bauwirtschaft eine spürbare Verschlechterung der Erwartungen erfolgte. In diesem Umfeld ist davon auszugehen, dass sich ohne weitere Reformen die Investitionstätigkeit nur schwer verbessern kann.

Weitere Bestimmungsfaktoren sind beispielsweise bürokratische Hemmnisse, aber auch ein restriktiver Zugang zum Kapitalmarkt (siehe z.B. Ucan, 2014 oder Kothari et al., 2014), Änderungen in der Steuergesetzgebung, hohe Steuern, die die Anreize beeinflussen (Morck et al., 2000), hohe Staatsausgaben oder eine hohe Staatsverschuldung (Everhart und Sumlinski, 2001). Es ist auch allgemein anerkannt, dass sowohl ausländische als auch inländische Investoren Investitionen in Ländern mit gesicherten Eigentumsrechten und einem stabilen institutionellen Umfeld bevorzugen. Aus diesem Grund wird erwartet, dass sich eine *gute Governance* positiv auf die Gesamtinvestitionen auswirkt (Farla et al., 2016).

Weitere Faktoren werden im Zusammenhang mit der Innovationstätigkeit gebracht. Den Ergebnissen der Literatur zufolge spielen etwa Patentrechte (Nordhaus, 1969), Marktstruktur und Firmengröße (Caves, 1982), Kultur und Religion (La Porta et al., 1997; Weber, 1922), die

Entwicklung der Kapitalmärkte (Arrow, 1964; Grossman und Stiglitz, 1980; Morck et al., 2000) bzw. der Zugang zu Risikokapital für radikale Innovationen (Gompers und Lerner, 1998) sowie wirtschaftliche Offenheit (Trefler, 1999) und Humankapital (Roy, 1997) eine wichtige Rolle. Ein gewisses Niveau der Einkommensungleichheit kann Anreize zum Erwerb von Humankapital erhöhen und dadurch Innovation befördern. Zu innovationsförderlichen Rahmenbedingungen zählen auch Marktstrukturen, die weniger auf politisches Rentseeking und Lobbying anfällig sind (Murphy et al., 1991). Letzteres würde generell einen *kleineren Staat* implizieren (Lindbeck, 1987). Aus Sicht von *guter Regulierung* gilt es, Flexibilität für Technologieoffenheit zu gewährleisten und Tendenzen und Anreize für Lobbying und Marktschließung zu unterbinden. Im Bereich der Grundlagenforschung sollte Wettbewerb befördert werden. Der Zugang zu universitärer Bildung kann durch begleitende Maßnahmen, etwa durch *Bildungsschecks*, verbessert werden (Hoxby, 2000).

4. Maßnahmen zur Steigerung der Innovations- und Investitionstätigkeit

Angesichts der zuletzt schlechteren Entwicklung der Investitionstätigkeit bzw. einer zwar soliden, aber nur mittelmäßigen Patentaktivität in Österreich bieten sich wirtschaftspolitische Maßnahmen an, die positiven Einfluss auf die zwei Bereiche haben könnten.

Die negativen Erwartungen insbesondere in der Sachgütererzeugung sind primär durch die hohen Energiepreise bzw. stark gestiegene Lohnstückkosten bedingt. Diesbezüglich sind Maßnahmen zur Senkung der hohen Preise für die Industrieunternehmen dienlich. Dazu gehören, etwa im Bereich Strom (siehe auch Köppl-Turyna, 2024): Die Aussetzung des Erneuerbaren-Förderbeitrags und die (Verlängerung der) Senkung der Elektrizitätsabgabe, Anpassungen im Netzentgelt-System, um die Flexibilität zu fördern, eine Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für erneuerbare Energieprojekte, ein Ausbau der europäischen Stromtransportinfrastruktur sowie politische Bemühungen, die sich auf technologische und ökonomische Möglichkeiten für die Speicherung der Energie fokussieren.

Weitere Empfehlungen orientieren sich an der oben zitierten Literatur zu den Determinanten der Investitions- und Innovationstätigkeit. Wesentliche Elemente einer innovativen Wirtschaft mit hoher Investitionstätigkeit sind der Zugang zu Kapital und niedrige Kapitalkosten. Somit sind die Maßnahmen, die der Kapitalmarktentwicklung dienen bzw. ein höheres Angebot an Risikokapital sichern, auch für Investitionen und Innovation unabdingbar. Dazu gehören insbesondere: ein Ausbau der zweiten und dritten Säule des Pensionsystems, um insbesondere große institutionelle Investoren zu animieren, die weitere Integration der europäischen Finanzmärkte (Kapitalmarktunion), Maßnahmen zur Senkung der Kapitalkosten, wie etwa die Wiedereinführung der Behaltefrist für Wertpapiere (siehe auch Köppl-Turyna et al., 2022), die Möglichkeit einer frühzeitigen Abschreibung (Ohrn, 2019) sowie eine günstige Behandlung des Eigenkapitals durch fiktive Eigenkapitalverzinsung (siehe auch Köppl-Turyna et al., 2021).

Ferner sind Investitionen oft durch regulatorische Hindernisse gebremst. Etwa entsteht durch *Gold-Plating* (Stand: 2019) für die Unternehmen in Österreich ein Erfüllungsaufwand im Ausmaß von etwa 500 Mio. Euro (Graf et al., 2019). Der Abbau von Gold-Plating könnte laut den Autoren bereits in der kurzen Frist Investitionen um etwa 0,2 %² steigern.

Ein dritter wesentlicher Punkt betrifft die Qualität des Humankapitals bzw. der schulischen Bildung (siehe auch Hanushek und Wößmann, 2010). Die ökonomische Literatur liefert Hinweise, welche Instrumente und Reformen maßgeblich zur Verbesserung der Bildungsqualität führen und welche nicht. Dabei muss man auch die Unterschiede zwischen den verschiedenen Schulstufen berücksichtigen. Bei der Elementarpädagogik

spielt Qualität eine übergeordnete Rolle. Eine Studie von Baker et al. (2015) unterstreicht die Bedeutung der Betreuungsqualität für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen. Hier ist insbesondere die Gruppengröße maßgeblich. Während kleine Gruppen unmittelbar mit der Qualität der Bildung in den Kindergärten verbunden sind, ist das bei den späteren Schulstufen erst ab sehr großen Klassengrößen der Fall. Allgemein gilt: Höhere Bildungsausgaben korrelieren nicht unbedingt mit den schulischen Erfolgen im Bildungswesen. Dies gilt im Speziellen auch für Österreich, wo Ausgaben für schulische Bildung zu den höchsten weltweit gehören, aber Ergebnisse von standardisierten Tests nur mittelmäßig ausfallen (siehe z.B., Berger et al., 2024). Wößmann (2007) sowie Fuchs und Wößmann (2008) liefern Hinweise darauf, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen: Wettbewerb zwischen den Bildungsanbietern, Schulautonomie und die Durchführung von standardisierten Leistungstests und -vergleichen.

Schließlich sind eine hohe Steuerbelastung bzw. hohe Staatsverschuldung (siehe auch Salotti und Trencroci, 2016) maßgeblich für geringere Innovations- und Investitionstätigkeit. Die Reduktion der öffentlichen Verschuldung ist einer Steigerung der Investitionstätigkeit dienlich. Ferner kann ein Abbau von Umverteilungsmechanismen Anreize zu Innovationen erhöhen. Dabei ist noch zu berücksichtigen, dass Umverteilungsmechanismen häufig mit einer hohen Abgabenquote einhergehen. Eine Reduktion der Abgabenquote ist allerdings nur dann möglich, wenn eine ausgabenseitige Konsolidierung erfolgt. Wie Berger et al. (2024) zeigen, liegt das Potenzial für eine ausgabenseitige Konsolidierung durch Erhöhung der Effizienz für die Bereiche der öffentlichen Verwaltung, des Schulwesens sowie des Gesundheitssystems zwischen 2,6 und 4,6 % des BIP jährlich. Darüber hinaus besteht auch im Pensionssystem ein großes Potenzial. Angesichts der im internationalen Vergleich hohen Pensionsausgaben und des niedrigen Pensionsantrittsalters, aber auch im Zuge der Herausforderungen des Fachkräftemangels kann eine Anhebung des Pensionsantrittsalters als sinnvoll erachtet werden. Auch wenn beachtet werden sollte, dass die Auswirkungen von der konkreten Ausgestaltung abhängen, kommt eine Schulden-Check-Simulation der EcoAustria zu dem Ergebnis, dass eine Erhöhung des gesetzlichen Antrittsalters um 1 Jahr die öffentlichen Pensionsausgaben mittel- und längerfristig um rund 0,7 % des BIP jährlich reduzieren könnten (siehe auch Berger et al., 2024).

² Niveaueffekt

Referenzen

- Arrow, K. J. (1964). The Role of Securities in the Optimal Allocation of Risk Bearing. *Review of Economic Studies*, 1964(2), S. 91–96.
- Baker, M., Gruber, J. & Milligan, K. (2015). Non-cognitive deficits and young adult outcomes: The long-run impacts of a universal child care program. *National Bureau of Economic Research*, w21571.
- Berger, J., Graf, N., Schwarzbauer, W. Strohner, L. (2024). *Die Effekte einer Lohnnebenkostensenkung für die Volkswirtschaft und die Wettbewerbsfähigkeit*. Studie im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich.
- Bernanke, B. S. (1983). *Irreversibility, uncertainty, and cyclical investment*. *The quarterly journal of economics*, 98(1), S. 85–106.
- Carruth, A., Dickerson, A. & Henley, A. (2000). What do we know about investment under uncertainty? *Journal of economic surveys*, 14(2), S. 119–154.
- Caves, R. E. (1982). *Multinational enterprise and economic analysis*. New York: Cambridge University Press.
- Everhart, S. & Sumlinski, M. (2001). Trends in private Investment in Developing Countries: Statistics for 1970–2000. *IFC Discussion Paper 44*, The World Bank.
- Farla, K., De Crombrughe, D. & Verspagen, B. (2016). Institutions, foreign direct investment, and domestic investment: crowding out or crowding in? *World Development*, 88, S. 1–9.
- Fuchs, T. & Wößmann, L. (2007). What accounts for international differences in student performance? A re-examination using PISA data. *Empirical Economics*, 32(2), S. 433–464.
- Gompers, P. A. & Lerner, J. (1998). The Determinants of Corporate Venture Capital Successes: Organizational Structure, Incentives, and Complementarities. *National Bureau of Economic Research working paper*, 6725.
- Graf, N., Strohner, L. Thomas, T. (2019). *Ökonomische und fiskalische Effekte der Rückführung bürokratischer Belastungen durch Gold-Plating*. Studie im Auftrag der Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer Österreich.
- Grossman, S. J. & Stiglitz, J. E. (1980). On the Impossibility of Informationally Efficient Markets. *American Economic Review*, 70(3), S. 393–408.
- Hanushek, E. A. & Woessmann, L. (2010). Education and economic growth. *Economics of education*, 60(67), 1.
- Hoxby, C. M. (2000). Does competition among public schools benefit students and taxpayers? *American Economic Review*, 90(5), S. 1209–1238.
- Kothari, S. et al. (2014). The behaviour of aggregate corporate investment. *MIT Sloan School of Management Research Papers*, 5112(14).
- Köppel-Turyna M., Schwarzbauer, W., Berger, J. & Strohner L. (2021). *Maßnahmen zur Stärkung des Eigenkapitals*. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen.
- Köppel-Turyna, M., Bitto, V., Schwarzbauer, W. & Graf, N. (2022). *Abschätzung der wirtschaftlichen Effekte der Wiedereinführung der Behaltefrist für Wertpapiere*. Studie im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich.
- Berger J., Graf, N., Schwarzbauer, W. & Strohner, L. (2024). *Die Effekte einer Lohnnebenkostensenkung für die Volkswirtschaft und die Wettbewerbsfähigkeit*. Studie im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich.
- Köppel-Turyna, M. (2024). Strompreise für Industrie und Gewerbetunden in Europa. *EcoAustria Policy Note*, 55.
- La Porta, R., Lopez-de-Salinas, F., Shleifer, A. & Vishny, R. (1997). Legal Determinants of External Finance. *Journal of Finance*, v52n3, S. 1131–1150.
- Lindbeck, A. (1987). *The Advanced Welfare State*. Stockholm: Institute for International Economic Studies.
- Morck, R., Stangeland, D. & Yeung, B. (2000). Inherited wealth, corporate control, and economic growth. *Concentrated corporate ownership*, 3.
- Murphy, K. M., Shleifer, A. & Vishny, R. W. (1991). The allocation of talent: implications for growth. *Quarterly Journal of Economics*, 425, S. 503–530.
- Nordhaus, W. D. (1969). *Invention, Growth and Welfare*. MIT Press.
- Ohrn, E. (2019). The effect of tax incentives on US manufacturing: Evidence from state accelerated depreciation policies. *Journal of Public Economics*, 180, 104084.
- Roy, U. (1997). Economic growth with negative externalities in innovation. *Journal of Macroeconomics*, 19(1), S. 155–174.
- Salotti, S. & Trecroci, C. (2016). The impact of government debt, expenditure and taxes on aggregate investment and productivity growth. *Economica*, 83(330), S. 356–384.
- Trefler, D. (1999). *The Long and Short of the Canada-US Free Trade Agreement*. Industry Canada.
- Ucan, O. (2014). The determinants of investment: panel data analysis of G7 countries. *European Scientific Journal*, 2.
- Weber, M. (1922). *Economy and Society: An Outline of Interpretive Sociology*. Los Angeles: University of California Press Berkeley.
- Wößmann, L. (2007). International evidence on school competition, autonomy, and accountability: A review. *Peabody journal of education*, 82(2–3), S. 473–497.

The importance of investment and innovation for the business location

Investment is a prerequisite for innovation and technological progress. Investment activity in Austria is currently well below the average of the eurozone countries. In view of a decline in the relative competitive position as a result of restrained investment activity, the question of economic policy measures to improve innovation and investment activity arises. The economic literature identifies a number of factors that can have a positive influence on investment and innovation. These include, in particular, access to cheap capital, improvements in the education system to promote human capital, the reduction of bureaucratic obstacles and a reduction of taxation and public debt.

© Der/die Autor:in 2024. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).